

[BASISWISSEN]  
DEMOKRATIE



Die wichtigsten Themen, Fragen und  
Antworten zur Bundestagswahl 2021

**[BASISWISSEN]**  
**DEMOKRATIE**

Die wichtigsten Themen,  
Fragen und Antworten  
zur Bundestagswahl  
**2021**

Eine Broschüre aus der Reihe Basiswissen Demokratie  
der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung



Gebrauchsanweisung	4
Corona-Pandemie und Gesundheit	7
Soziales, Familie und Wohnen	13
Wirtschaft, Arbeit und Finanzen	19
Bildung	25
Inneres, Sicherheit- und Justiz	30
Außen- und Migrationspolitik	36
Umwelt- und Energiepolitik	42
Digitales	48
Brandenburg	52
Parteien und Politik	58
Fragen und Antworten zur Bundestagswahl 2021	64
Künstlerinnen und Künstler	76

## Gebrauchsanweisung

Diese Wahl hat es in sich: Es ist das erste Mal seit 1949, dass jemand, der das Kanzleramt inne hat, nicht wieder antritt. Die zwei Volksparteien CDU und SPD machen die Kanzlerschaft nicht länger unter sich aus und es könnte seit 1957 die erste Koalition mit drei Fraktionen auf Bundesebene geben. Kurzum, die Bundestagswahl 2021 wird richtig spannend! Das bietet viel Stoff für Karikaturistinnen und Karikaturisten.

Mit viel Witz und Sachkenntnis widmen sich zwölf Künstlerinnen und Künstler den Themen der letzten und der kommenden Wahlperiode. Sie schaffen es, Zwickmühlen, Probleme und Komisches in einem Bild so auf die Spitze zu treiben, dass das Publikum ganz neue Einsichten gewinnen kann. Oft verbinden sie dabei ganz verschiedene Lebens- und Politikbereiche.

Seit März letzten Jahres gibt es eigentlich nur noch ein großes Thema: die Coronapandemie. Diese Broschüre zeigt den Wählerinnen und Wählern, was sonst noch in den letzten vier Jahren im Bundestag entschieden wurde und welche großen Themen auf die nächste Regierung zukommen. Im Frage-und-Antwort-Teil geht es um die wichtigsten Fragen rund um die Wahl. „Wer darf wählen?“, „Wie funktioniert die Briefwahl?“ „Warum gibt es eine Erst- und Zweitstimme?“ und viele mehr.

Natürlich kann dieses Buch nur einige Neuerungen darstellen, denn allein in der aktuellen Wahlperiode wurden schon mehr als 350 Gesetze und zahllose Verordnungen verkündet. Und es werden bis zur Bundestagswahl noch mehr.



Harm Bengen, 27. Dezember 2020

Weil dieses Jahr noch für viele Überraschungen gut ist, weisen wir auf den Redaktionsschluss am 4. Juni 2021 hin. Was das wirklich heiÙe Wahlkampfthema dieses Sommers wird, kommentieren die Karikaturisten und Karikaturistinnen dann für Sie in den Tages- und Wochenzeitungen dieser Republik.

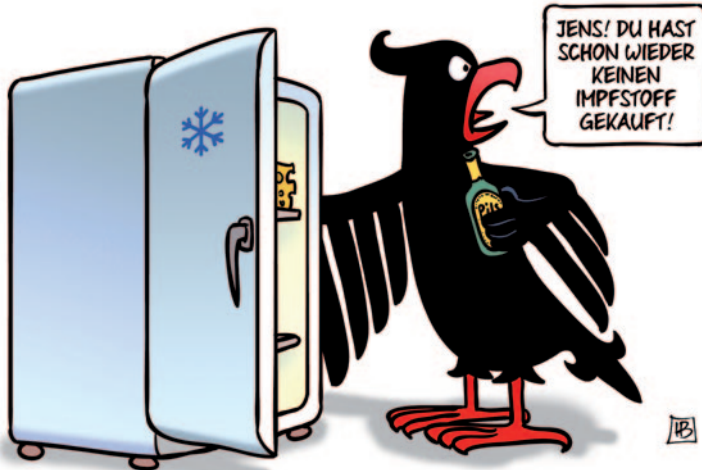
# Die Themen der letzten und der kommenden Wahlperiode



# Corona-Pandemie und Gesundheit

## Welche Aufgaben hat die Gesundheitspolitik?

Die Gesundheitspolitik hat die Aufgabe, Erkrankungen der Bevölkerung zu verhindern und ihre Behandlung zu ermöglichen. Der Bund setzt den Rahmen und die Länder und Kommunen regeln die Versorgung vor Ort. Sie führen die Bundesgesetze aus, sind für die Krankenhäuser zuständig und kontrollieren mit den Gesundheitsämtern die Einhaltung der Gesetze.



Harm Bengen, 3. Januar 2021



Das Bundesgesundheitsministerium stellt sicher, dass das Gesundheitssystem verlässlich arbeiten kann. Es ist dafür verantwortlich, dass die gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung funktionieren. Die gesetzlich Versicherten zahlen in diese Versicherungen ein, können sich im Krankheitsfall behandeln lassen und die Versicherung zahlt die Kosten. Ähnlich ist es bei der Pflegeversicherung, für die man im Berufsleben einzahlt, damit sie im Alter die Pflege bezuschusst. Außerdem überwacht das Gesundheitsministerium die Zulassung neuer Medikamente und erarbeitet Gesetze für schwierige ethische Fragen, wie die Organspende. Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Krankheitsvorsorge durch Untersuchungen zum Beispiel bei Krebs, durch Aufklärung wie bei HIV oder durch Impfungen wie bei Covid-19. Das Bundesgesundheitsministerium hat mit sieben Prozent des Bundeshaushaltes für 2021 den fünfthöchsten Etat der 14 Ministerien.

### **Welche Neuerungen gab es in der Gesundheitspolitik zwischen 2017 und 2021?**

Die Corona-Pandemie war das wichtigste Thema der Gesundheitspolitik in dieser Wahlperiode. Sie hat bekannte Probleme des Gesundheitswesens sichtbarer gemacht: Den Personalmangel in der Pflege, die prekäre finanzielle Situation der Krankenhäuser, mangelnde Vorratshaltung an Schutzkleidung und Masken.

Das zentrale Instrument des Bundes in der Pandemiebekämpfung war das Infektionsschutzgesetz, das seit März 2020 mehrmals überarbeitet wurde. Nun kann der Bundestag den nationalen Epidemie-Fall erklären und damit dem Gesundheitsminister erlauben, Verordnungen zu erlassen, ohne dass der Bundesrat zustimmen muss. Außerdem ist konkret aufgelistet, welche Schutzmaßnahmen wie



Kostas Koufogiorgos, 4. Dezember 2020

Abstandsgebote und Ausgangsbeschränkungen, die Landesregierungen und Behörden ergreifen können. Dort wurden auch die Grenzwerte festgelegt, ab denen Schutzmaßnahmen gelten sollen.

Um den Arbeitsalltag von Pflegekräften spürbar zu verbessern, haben das Bundesgesundheits-, das Bundesfamilien- und das Bundesarbeitsministerium im

Juli 2018 die „Konzertierte Aktion Pflege“ ins Leben gerufen. Es wurden 13.000 Pflegefachkraftstellen geschaffen, die in den letzten Jahren allerdings nur zum Teil besetzt werden konnten. Deswegen sollen die Aus- und Weiterbildung gefördert werden, die Bezahlung erhöht und Pflegekräfte aus dem Ausland angeworben werden. Durch digitalisierte Akten soll weniger Zeit für Verwaltung anfallen und mehr Zeit für die zu Pflegenden bleiben.

### **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Gesundheitspolitik an?**

Ideen und Bedarfe für Veränderung der Gesundheitspolitik gibt es zahllose:

- die Digitalisierung der Verwaltung,
- die Einführung einer Bürgerversicherung für alle statt gesetzlicher und privater Krankenversicherung,
- mehr Pflegepersonal ausbilden und bessere Arbeitsbedingungen schaffen,
- die Fallpauschalen abschaffen, die Krankenhäuser nur pro Fall, aber nicht nach aufgewendeter Zeit entlohnen.

Auch im Gesundheitsbereich wird erwägt, die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern neu zu verteilen. Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen derzeit noch mit der Entsendung von Bundeswehrsoldaten bei der Eindämmung der Pandemie, weil sie dafür selbst nicht genügend Personal haben. Doch diese Amtshilfe ist nicht auf Dauer angelegt. Die Länder müssen dazu befähigt werden, diese Aufgabe wieder zu übernehmen.



NEL, 21. Oktober 2020



Bettina Beste, Frühjahr 2020

Das Bundesverfassungsgericht hat 2020 entschieden, dass jeder Mensch das Recht auf einen selbstbestimmten Tod hat. Die bestehenden Gesetze zur Sterbehilfe müssen deswegen überarbeitet werden. Bisher ist Sterbehilfe verboten, wenn sie als „gewerbsmäßig“ angesehen werden kann. Darunter fallen Palliativmediziner/-innen oder Sterbehilfevereine, die Sterbehilfe mehr als einmal durchführen. Bis wann die Gesetze überarbeitet werden müssen, hat das Gericht nicht festgelegt.

# Soziales, Familie und Wohnen

## Was sind die Aufgaben der Sozial-, Familien- und Wohnungspolitik?

Die Sozialpolitik hat die Aufgabe, allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das geschieht einerseits durch die Sozialversicherungen wie die Rentenversicherung, die Unfallversicherung oder die Krankenversicherung. Hier zahlen die Versicherten Geld ein, das ihnen bei Erreichen des Rentenalters oder



Bettina Bexte, Frühjahr 2020

dem Krankheitsfall ausgezahlt wird. Außerdem zahlt der Staat Sozialleistungen wie Kindergeld, Wohngeld oder Grundsicherung, um Benachteiligte und Familien zu unterstützen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erhält dafür ein Drittel des Bundeshaushaltes im Jahr 2021. Das ist der mit Abstand größte Etat. Die Familienpolitik soll Familien dabei unterstützen, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Dazu gehören finanzielle Sicherheit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Angebote der Kinderbetreuung. Dafür erhält das Ministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend 2,6 Prozent des Bundeshaushaltes 2021 und steht damit an achter Stelle der 14 Ministerien.

Die Wohnungspolitik setzt den Rahmen für den Wohnungsmarkt: Sie bestimmt das Mietrecht, die Förderung für Sozialwohnungen und das Baurecht. Dieser Bereich ist derzeit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zugeordnet.

### **Welche Neuerungen gab es in den Politikbereichen Soziales, Familie und Wohnen 2017-2021?**

Verschiedene Maßnahmen sollen in der aktuellen Pandemiesituation soziale Härten abmildern: Pflegt man einen Angehörigen wegen der Covid-19-Pandemie kurzfristig selbst, kann man dafür 20 Tage von der Arbeit freigestellt werden und erhält Pflegeunterstützungsgeld. Ähnlich ist es für Eltern, die ihre Kinder wegen Quarantäne oder Krankheit zu Hause betreuen müssen und nicht arbeiten können. Sie werden für ihren Verdienstausschlag entschädigt. Das regelt das Infektionsschutzgesetz.

Auch vor der Corona-Pandemie gab es viele Neuerungen, zum Beispiel beim Thema Rente: Eine Grundrente soll künftig erhalten, wer viele Jahre gearbeitet, Kinder erzo-gen oder Angehörige gepflegt und dabei unterdurchschnittlich verdient hat. Das hat



Katharina Greve, Weser Kurier, 9. November 2018

der Deutsche Bundestag Anfang Juli 2020 beschlossen. Die Grundrente ergänzt die bestehende Rente. Für die Berechnung der Grundrente wird das Einkommen berücksichtigt, aber nicht das Vermögen wie ein eigenes Haus.

Den Anstieg der Mieten in den Ballungsräumen soll die Mietpreisbremse aufhalten. Das jeweilige Bundesland muss wie bisher bestimmen, in welchen Regionen ein angespannter Wohnungsmarkt herrscht, denn nur dort gilt die Mietpreisbremse.



Der Bundestag hat die Mietpreisbremse bis 2025 verlängert und verschärft. Verlangen Vermieter/-innen bei der Neuvermietung eine zu hohe Miete, dürfen Mieter/-innen bis zu 30 Monate lang die Rückzahlung des zu viel bezahlten Betrags fordern. Ein Mittel, um Menschen mit wenig Einkommen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sind Sozialwohnungen. Bei Sozialwohnungen fördert der Staat den Bau und legt dafür eine geringe Miete fest. Die Preisbindung gilt nur für eine bestimmte Zeit. Jedes Jahr fallen deswegen Sozialwohnungen aus der Preisbindung und werden teurer vermietet. Derzeit werden nicht genug neue Sozialwohnungen gebaut, um das auszugleichen. Auf eine Sozialwohnung kommen fünf Haushalte, die die Kriterien für eine Sozialwohnung erfüllen. Damit der Bund den Ländern nun Geld für den sozialen Wohnungsbau zukommen lassen kann, wurde das Grundgesetz geändert. Zwischen 2018 und 2021 hat der Bund dafür fünf Milliarden Euro gezahlt. Die Länder bauen die Sozialwohnungen mit ihrem Geld und dem Zuschuss des Bundes.

### **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Sozial-, Familien und Wohnungspolitik an?**

Eine Daueraufgabe ist die Sicherung der Renten: Die immer älter werdenden Rentnerinnen und Rentner sollen davon auskömmlich leben können. Gleichzeitig sollen die Beiträge für die immer weniger werdenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zu stark steigen. Im letzten Jahr hat eine Kommission der Bundesregierung, ihre Vorschläge präsentiert: Alle sieben Jahre soll eine verbindliche Haltelinie für die Höhe der Renten und der Beiträge festgelegt werden. Ob das Alter, ab dem man Rente erhält, weiter angehoben wird, soll noch entschieden werden. Eine andere Möglichkeit wäre, die Rente mit 63 wieder abzuschaffen, die erst 2014 beschlossen wurde.



Heiko Sakurai, 11. November 2019

Arbeit und Kinderbetreuung besser aufteilen zu können, wünschen sich viele Eltern. Hier muss die Familienpolitik in der Zukunft ansetzen: mit flexibleren Arbeitszeiten, Teilzeit und weniger befristeten Arbeitsverträgen.

Für Menschen mit mittleren und unteren Einkommen fehlt vor allem in den Städten Wohnraum. In der Zukunft könnten Genehmigungs- und Bauzeiten verkürzt werden, das Bauen billiger gemacht und Neubauwohnungen unterhalb des Luxussegmentes



Klaus Stuttmann, 24. Februar 2021

weiter gefördert werden. Weil die Zinsen niedrig sind, investieren viele ihr Geld in Grundstücke, Häuser und Wohnungen statt es zu sparen. Werden andere Investitionsmöglichkeiten durch eine aktive Finanzpolitik wieder lohnenswerter gemacht, könnte das den Wohnungsmarkt entlasten. Da das Bundesverfassungsgericht erklärt hat, dass die Länder nicht in die Mietgesetzgebung eingreifen dürfen, könnte eine künftige Bundesregierung einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild auf Bundesebene einbringen. Sicher ist, dass Mieten und Wohnen umstrittene Themen bleiben.

# Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

## Was sind die Aufgaben der Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzpolitik?

Wirtschaftspolitik bezeichnet die Maßnahmen des Staates, die das Wirtschaftsleben steuern und ordnen. Die Wirtschaftspolitik ist in der Bundesrepublik dem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Der Staat greift in die freie Marktwirtschaft ein, um große soziale Ungerechtigkeiten zu verhindern und schafft



Mathias Hühn, 16. Januar 2019

so einen Rahmen, auf den sich die Wirtschaft verlassen kann. Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stehen 2021 dafür rund zwei Prozent des Bundeshaushaltes zur Verfügung.

Die Finanzpolitik regelt die Einnahmen und Ausgaben des Staates und die Verteilung des Geldes zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Ziel ist, den Wohlstand zu fördern, eine möglichst gerechte Verteilung zu erreichen und dadurch soziale Sicherheit zu ermöglichen. Im Bereich der Finanzpolitik wird entschieden, ob Schulden aufgenommen oder Steuern erhöht werden und wofür der Staat Geld ausgeben kann.

Der Politikbereich Arbeit hat zum Ziel, dass Menschen Arbeitsplätze finden und sie behalten. Er regelt, unter welchen Bedingungen Arbeit stattfinden kann (Arbeitsrecht und -schutz), dass arbeitslose Menschen Geld erhalten, fördert Weiterbildungen und bekämpft den Fachkräftemangel.

### **Welche Neuerungen gab es in den Politikbereichen Wirtschaft, Arbeit und Finanzen zwischen 2017 und 2021?**

Die größte Herausforderung in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Finanzen war die Bewältigung der Corona-Pandemie. Ganze Wirtschaftszweige wurden vorübergehend geschlossen, um Ansteckungen mit dem Virus zu verhindern: Hotels und Gaststätten, Kinos, Theater, Messen, Friseursalons, der Einzelhandel und viele weitere. Weil diese Unternehmen zum Wohl der Allgemeinheit schließen, hat der Staat einen Teil der ausgefallenen Einnahmen durch Wirtschaftshilfen ersetzt. Können Betriebe vorübergehend nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, zahlt der Staat Kurzarbeitergeld statt des Gehalts. So werden die Beschäftigten nicht gekündigt,



Mario Lars 2020

sondern sind gleich wieder einsetzbar, wenn der Betrieb die Arbeit wiederaufnehmen kann. Die Firma muss sie nicht bezahlen, solange sie nicht produzieren kann. Die Länge und Höhe der Zahlungen des Kurzarbeitergeldes wurden immer wieder verlängert. Damit die derzeit geschlossenen Unternehmen nicht Insolvenz anmelden müssen, wurde die Pflicht ausgesetzt, die Zahlungsunfähigkeit zu melden.

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie hat zum größten Defizit im Haushalt seit der Wiedervereinigung geführt. Damit der Staat so viel Geld ausgeben kann, musste die Schuldenbremse ausgesetzt und neue Schulden aufgenommen werden. Mit einem Konjunkturpaket hat der Staat 2020 Geld investiert und wollte so die Wirtschaft ankurbeln.

Vor der Corona-Pandemie war die Suche nach Innovationen ein wichtiges Thema: 2019 wurde dafür die Agentur für Sprunginnovationen gegründet. Sprunginnovationen sind Ideen, die ganze Märkte tiefgreifend verändern, wie der Sprung vom Tastenhandy zum Smartphone. Mit der Agentur möchten das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie solche Ideen auf ihrem Weg bis zur breiten Anwendung unterstützen.

### **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzpolitik an?**

Im Jahr 2020 hat die Agentur für Arbeit wegen der Corona-Pandemie so viel Geld für Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld ausgegeben, dass sie neben ihrem Jahreshaushalt auch noch ihre gesamten Rücklagen aufgebraucht hat. Ab dem Jahr 2022 müssten entweder Leistungen wie Weiterbildungen gekürzt werden oder die Beiträge



Klaus Stüttmann, 26. August 2019

der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöht werden. Auch ist noch unklar, wie die Folgen der Pandemie langfristig finanziert werden. Kurzfristig hat der Bund sie mit Schulden abgedeckt. Eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Einführung der Vermögenssteuer oder die Verringerung von Ausgaben sind weitere Möglichkeiten der Finanzierung.



Während der Corona-Pandemie wurden einige Regeln für den Hartz IV-Bezug (offiziell Arbeitslosengeld II) vorübergehend gelockert. So sollen all diejenigen, die ihren Beruf derzeit nicht ausüben können, es beantragen können. Die Regierungsparteien diskutieren über eine dauerhafte Veränderung der Hartz IV-Gesetze, sind aber noch nicht zu einem Kompromiss gekommen. Die zentrale Frage bleibt: Darf vom Existenzminimum Hartz IV überhaupt etwas und wenn ja, wie viel abgezogen werden, wenn der oder die Arbeitslose Termine nicht einhält oder Jobs nicht annimmt. Alternativ schlagen einige Parteien auch vor, Hartz IV durch ein bedingungsloses Grundeinkommen zu ersetzen.

In einem weiteren Feld der Wirtschaft- und Arbeitspolitik hat die Pandemie Fakten geschaffen: Arbeit muss nicht immer am Arbeitsplatz stattfinden, sondern kann in vielen Berufen mobil oder von zu Hause erledigt werden. Die Politik wird Regelungen finden müssen, die dieser neuen gesellschaftlichen Realität einen Rahmen geben, der alle Interessen berücksichtigt.

# Bildung

## **Was ist die Aufgabe von Bildungspolitik im Bund?**

Bildungspolitik umfasst die Bereiche Schule, Hochschule und frühkindliche Bildung, zum Beispiel Kindergärten. Im Grundgesetz ist festgelegt, dass Bildung Sache der Länder ist. Der Bund hat deshalb bei diesem Thema nur sehr eingeschränkte Gesetzgebungs- und Finanzierungsmöglichkeiten. Er ist zuständig für die berufliche Bildung, die Weiterbildung sowie den internationalen Austausch. 2021 erhielt der Bereich Bildung- und Forschung 4,17 Prozent des Bundeshaushalts und steht damit auf Platz sechs der insgesamt 14 Ministerien.

## **Welche Neuerungen gab es in der Bildungspolitik 2017-2021?**

Beim Thema digitale Bildung sind größere Investitionen nötig und viele Akteure müssen zusammenarbeiten, zum Beispiel um gemeinsame Lern-Plattformen einzurichten. Deswegen hat der Bund den Digitalpakt Schule aufgelegt. So unterstützt er die Länder bei der Digitalisierung der Schulen. Die Schulcloud des Potsdamer Hasso-Plattner-Institutes können nun alle Schulen bundesweit nutzen. Im Digitalpakt ist Geld für digitale Schulausstattung, also für Laptops für Lehrkräfte und Schüler/-innen, digitale Tafeln und Virtual Reality-Brillen, aber auch für die Erstellung und Nutzung digitaler Bildungsmaterialien und die Weiterbildung von IT-Kräften vorgesehen. Auch um Brennpunktschulen gezielt zu fördern, unterstützt der Bund die Länder mit Geld aus einem Bundesprogramm.



Heiko Sakurai, 16. August 2018



Mathias Hühn, 14. Januar 2017

In der beruflichen Bildung wurden seit 2017 eine Mindestvergütung für Auszubildende und neue Bezeichnungen für Abschlüsse der beruflichen Bildung eingeführt. Das Aufstiegs-Bafög, das den Lebensunterhalt bei einer Fortbildung sichern soll, wurde ausgebaut.

Das „Gute-Kita-Gesetz“ ermöglicht niedrigere Kita-Gebühren und einen besseren Betreuungsschlüssel. Um weniger Kinder je Erzieher/-in zu gewährleisten, fehlen derzeit noch ausgebildete Fachkräfte. Deswegen hat der Bund Geld für die Ausbildungsvergütung und die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern bereitgestellt. Sie mussten bisher ihre Ausbildung meist selbst bezahlen und haben währenddessen kein Geld verdient.



Miriam Wurster, 24. November 2020, Neues Deutschland

## **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Bildungspolitik an?**

Die Corona-Pandemie hat in der Bildungspolitik Probleme sichtbar gemacht, die es schon länger gibt. Dadurch wird die Bildungspolitik auch zu einem Thema für den Bundestagswahlkampf, obwohl sie hauptsächlich Ländersache ist. Wo Steuereinnahmen sinken, aber große Investitionen wie in der Bildung notwendig sind, könnten Bund, Länder und Kommunen sich Geld und Aufgaben anders aufteilen. Bund und Länder werden wahrscheinlich darüber verhandeln, ob der Bund sich stärker im Bildungsbereich engagiert und Lehrpläne sowie Abschlussprüfungen bundesweit stärker vereinheitlicht werden.

Eine weitere große Herausforderung der Bildungspolitik ist, den Ganztagsschulbereich für Grundschul Kinder auszubauen. Eltern sollen in den nächsten Jahren einen Rechtsanspruch auf ein Ganztagsangebot erhalten. Unklar ist, wie das bei dem aktuell herrschenden Mangel an Lehrkräften realisiert werden soll. Denn gleichzeitig muss an den Schulen auch noch die Inklusion, die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen, umgesetzt werden. Dazu hat sich die Bundesrepublik in der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Ein weiteres Thema bleibt die Digitalisierung. Der Bund könnte hier zum Beispiel ein zentrales Kompetenzzentrum für die Fortbildung von Lehrkräften zum Thema digitale Bildung gründen. Für die Fachdidaktik von Mathematik, also die Vermittlung von Mathematik im Unterricht, gibt es ein solches Zentrum schon.

# Inneres, Sicherheit- und Justiz

## Was ist die Aufgaben der Innen-, Sicherheits- und Justizpolitik im Bund?

Die Innenpolitik kümmert sich um das Funktionieren des Staates, also um die öffentliche Verwaltung, das Wahlrecht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Bildung. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Meist wird die Innenpolitik



Mathias Hühn, 18. Dezember 2019

verknüpft mit der Sicherheitspolitik, die Bedrohungen durch Terrorismus, Extremismus und Spionage bekämpft. Das Innenministerium ist oberster Dienstherr der Sicherheitsbehörden auf Bundesebene wie der Bundespolizei, des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Verfassungsschutz. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat kann über 3,7 Prozent des Bundeshaushaltes für das Jahr 2021 verfügen.

Die Justizpolitik befasst sich mit der Ausgestaltung des deutschen Rechtssystems, besonders mit dem Bürgerlichen Recht, dem Handels- und Wirtschaftsrecht, dem Strafrecht und den Prozessrechten. Das Bundesjustizministerium berät die anderen Bundesministerien bei der Vorbereitung ihrer Gesetzesvorhaben. Dem Justizministerium, das sich in dieser Wahlperiode auch um den Verbraucherschutz kümmert, steht mit 0,19 Prozent des Bundeshaushaltes für 2021 der kleinste Etat der Bundesministerien zu.

### **Welche Neuerungen gab es in der Innen-, Sicherheits- und Justizpolitik 2017-2021?**

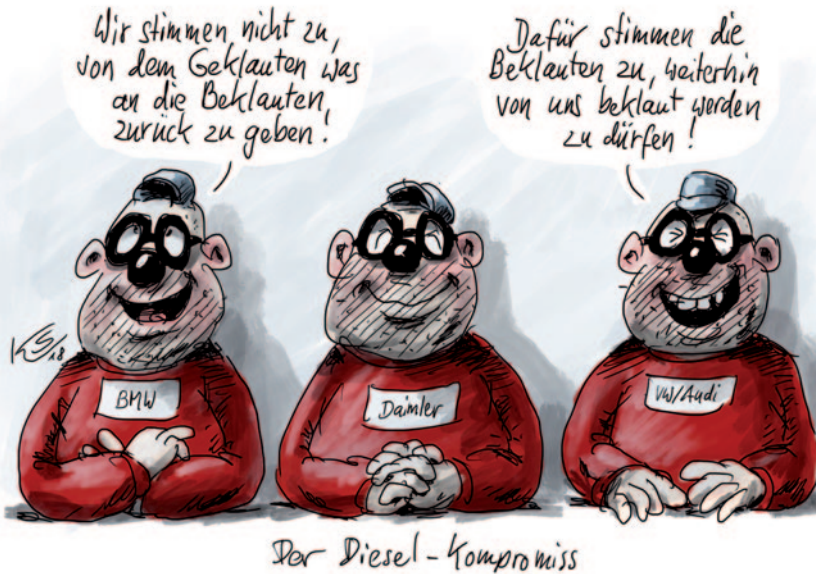
Neben der Bekämpfung von Terrorismus selbst werden nun auch die Opfer und Hinterbliebenen von Terroranschlägen besser betreut. Dafür hat die Bundesregierung einen ständigen Opferbeauftragten berufen, der mit einem Team beim Bundesjustizministerium angesiedelt ist. Das Geld, das der Bund Hinterbliebenen auszahlt, ist verdreifacht worden. Auch die Opfer des Breitscheidplatz-Attentats in Berlin und die Hinterbliebenen der vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) Ermordeten erhalten es rückwirkend.





Klaus Stüttmann, 3. März 2021

Kindesmissbrauch und Kinderpornografie gelten künftig grundsätzlich als Verbrechen. Sexuelle Misshandlungen von Kindern und die Verbreitung, der Besitz und die Beschaffung von Bildern und Filmen mit entsprechenden Inhalten werden künftig grundsätzlich mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis geahndet. Ermittler erhalten auch mehr Befugnisse bei der Handy- oder Computerüberwachung im Zusammenhang mit solchen Straftaten. Die Änderungen waren nötig



Klaus Stuttmann, 3. Oktober 2018

geworden, weil seit 2019 mehrere große Missbrauchsfälle mit vielen Beteiligten in Münster, Lügde und Bergisch Gladbach aufgedeckt wurden.

Eine große Neuerung war die Einführung der Sammelklage 2018: Hier kann ein Verband wie die Verbraucherzentrale für viele einzelne Geschädigte klagen. Das soll verhindern, dass bei Fällen wie dem VW-Dieselskandal, Firmen von jedem Käufer einzeln verklagt werden müssen.



Heiko Sakurai, 21. September 2020

## **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Innen-, Sicherheits- und Justizpolitik an?**

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen, bleibt eine Grundaufgabe der Innenpolitik. Ob ein Gesetz dazu noch vor der Bundestagswahl verabschiedet wird, ist offen. Maßnahmen wären eine Stärkung der politischen Bildung, eine Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes, die Gewinnung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst und wissenschaftliche Studien zu Alltagsrassismus und Polizeialltag.

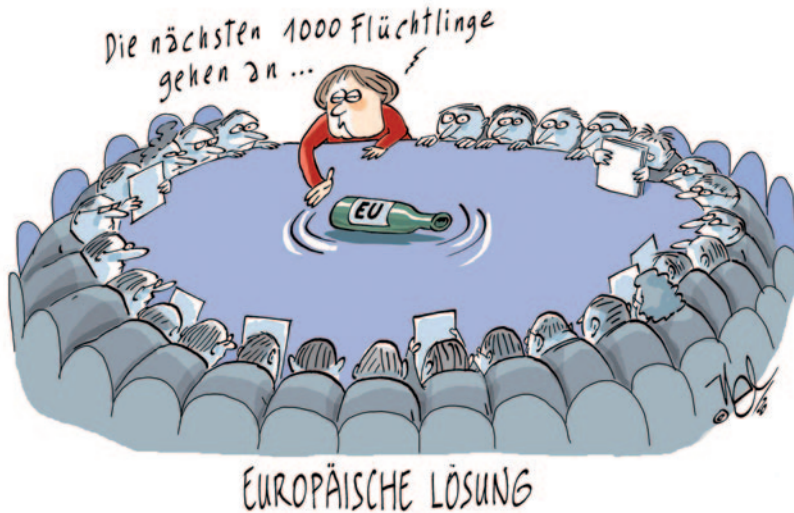
Der Umgang mit Rechtsextremismus in der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt, dem Bundesnachrichtendienst und den Verfassungsschutzbehörden wird auch den nächsten Bundestag beschäftigen. Ein 2020 vorgestellter Lagebericht nennt 350 Verdachtsfälle: Sie reichen von Chatgruppen mit rassistischen und rechtsextremen Inhalten bis zur Beteiligung an einer rechtsterroristischen Gruppe.

Nach Einführung der Sammelklage soll auch im Unternehmensstrafrecht der nächste Schritt gegangen werden. Bisher können die Unternehmen nur durch das Einziehen von illegal erzielten Gewinnen und mit gedeckelten Geldstrafen bis 10 Millionen Euro belangt werden. Für sehr große Unternehmen reicht das als Strafe nicht aus. Deswegen soll sich die Strafe am Umsatz des Unternehmens orientieren und das eingezogene Geld den Geschädigten, also zum Beispiel den getäuschten Käufern von Dieselaautos, zukommen. Ob das noch vor der Bundestagswahl gelingt, ist offen.

# Außen- und Migrationspolitik

**Welche Aufgaben haben die Außen- und Migrationspolitik? Wie bringt sich der Bund in der Europäischen Union (EU) ein?**

Die Außenpolitik beschäftigt sich mit den Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und zu internationalen Organisationen wie zum Beispiel der UNO. Durch Verträge und Bündnisse sowie die Entsendung von Botschaftern und Botschafterinnen werden





Miriam Wurster, Neues Deutschland, 8. September 2020

außenpolitische Beziehungen gestaltet. In manchen Bereichen betreibt Deutschland zusammen mit anderen Staaten eine gemeinsame Außenpolitik. Das geschieht durch Bündnisse wie die EU oder die NATO. Zum Beispiel gestaltet die Bundesrepublik die Migrationspolitik gemeinsam mit der EU, weil die EU gemeinsame Außengrenzen hat und zwischen den Staaten keine Grenzkontrollen mehr stattfinden. Wer in die EU einreisen darf oder hier Asyl beantragen kann, wird zwischen den Mitgliedsstaaten abgestimmt. Über den Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung kann die Bundesrepublik die europäische Gesetzgebung mitgestalten.





Heiko Sakurai, 21. Dezember 2019

### **Welche Neuerungen gab es in der Außen- und Migrationspolitik 2017-2021?**

Seit dem 1. Februar 2020 ist Großbritannien nicht mehr Mitglied der Europäischen Union. Die Beziehungen zum Vereinigten Königreich sowie Handelsverträge und Aufenthaltsregelungen müssen sich dieser neuen Realität nun anpassen.



Miriam Wurster, Neues Deutschland, 19. September 2020

Die Beziehungen zu den Großmächten USA und Russland waren durchwachsen: Der amerikanische Präsident Donald Trump stellte die transatlantische Verbundenheit in Frage und beendete die Mitgliedschaft der USA beim Pariser Klimaabkommen sowie der Weltgesundheitsorganisation WHO. Außerdem kritisierte er den Bau der Pipeline North Stream II, die ab Ende 2021 Gas aus Russland nach Deutschland transportieren soll. Die Beziehungen zu Russland sind trotz gemeinsamer Projekte angespannt. Die Aufnahme des vergifteten Kreml-Kritikers Alexei Nawalny und die gegenseitige Ausweisung von Diplomaten sind ihr bisheriger Tiefpunkt.



Während der Corona-Pandemie 2020 hatte Deutschland für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft inne. In dieser Zeit wurde der EU-Haushalt für die nächsten Jahre festgelegt und ein Corona-Wiederaufbaufonds eingerichtet. Mit ihm soll den Mitgliedsstaaten ermöglicht werden, zukunftsweisende Projekte zum Beispiel im Bereich Klimaschutz zu fördern.

Die Corona-Pandemie verschärft Kriege und Konflikte in Syrien, Jemen, Libyen, Myanmar, Äthiopien und vielen weiteren Ländern. Durch die Kriege sind weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Regierungskoalition hatte 2018 einen „Masterplan Migration“ beschlossen, der Integration verbessern, Gerichtsverfahren beschleunigen und Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerber/-innen und Straftäter/-innen erleichtern soll.

### **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Außen- und Migrationspolitik an?**

In der Außen- und Migrationspolitik gibt es in den nächsten Jahren viele offene Fragen. Derzeit ist es so, dass einreisende Asylsuchende in dem Land den Asylantrag stellen müssen, über das sie in die EU eingereist sind. Dieses Dublin-Verfahren belastet Italien und Griechenland besonders. Noch konnten sich die EU-Staaten aber nicht auf ein neues System einigen.

Eine weitere offene Frage ist das Verhältnis zu China. Setzen die Entscheiderinnen und Entscheider der Zukunft eher auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die die EU und China 2020 in einem Investitionsabkommen beschlossen haben, oder verhängen sie Sanktionen wegen der Menschenrechtsverstöße gegenüber den Uiguren und Tibetern?



Heiko Sakurai, 1. März 2021

Außerdem stellt sich die Frage, wie die Missionen der Bundeswehr in Afghanistan (seit 2002) und in Mali (seit 2013) beendet werden können, wenn die politische Lage dort noch immer nicht stabil ist. Die USA wollen noch in diesem Jahr aus Afghanistan abziehen und verhandeln darüber mit den radikal-islamischen Taliban und der afghanischen Regierung.



Mario Lars, 2019

## Umwelt- und Energiepolitik

### Welche Aufgaben haben die Umwelt- und Energiepolitik?

Umweltschutz ist eine Kernaufgabe von Politik und im Grundgesetz festgeschrieben. Um Ressourcen zu schonen, die Artenvielfalt zu erhalten und die Erderwärmung aufzuhalten, verabschiedet der Bundestag Gesetze, die alle Lebensbereiche betreffen. Federführend ist dabei das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit, das 2021 circa 0,5 Prozent des Bundeshaushalts erhält und



Nächstes Projekt, gegen das die grüne Basis rebelliert, Heiko Sakurai, Cicero 2020

damit an zwölfter Stelle der 14 Ministerien steht. Die Energiepolitik ist Aufgabe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, das über zwei Prozent des Bundeshaushalts im Jahr 2021 verfügen kann. Energiepolitik hat die Aufgabe, die Gesellschaft mit Energie zu versorgen. Sie soll in ausreichendem Maße vorhanden, verlässlich, bezahlbar und möglichst umweltverträglich sein. Dazu soll sie aus unterschiedlichen Quellen kommen. Neben der Erzeugung von Energie kümmert sich Energiepolitik auch um die Verteilung und die Netze sowie um den Energiemarkt.



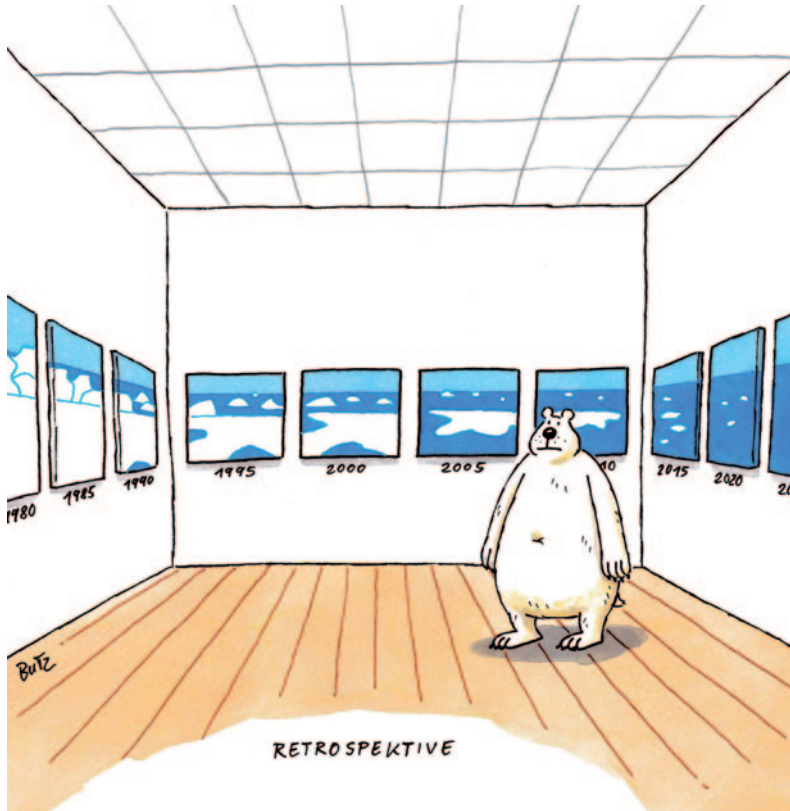
NEUES AUS DER MITTELSCHICHT

Mathias Hühn, 3. Januar 2018

### Welche Neuerungen gab es in der Umwelt- und Energiepolitik 2017-2021?

Ein großes Thema in der Umwelt- und Energiepolitik der letzten Jahre ist der Klimawandel und wie man ihn verlangsamen kann. Daneben gelten das Artensterben, die Müllvermeidung oder das Recycling als große Aufgaben.

Deutschland beendet bis spätestens 2038 die Verstromung von Kohle. Das hat der Bundestag 2020 beschlossen. Nach und nach werden die Kohlekraftwerke abgeschaltet. Dafür erhalten die Kraftwerksbetreiber von Braunkohlekraftwerken insgesamt 4,35 Milliarden Euro Entschädigung.



Steffen Butz, Februar 2020

Im „Bundesbedarfsplan“ hat die Bundesregierung in diesem Jahr 35 Vorhaben zum Ausbau der Energienetze festgehalten. Um die Energiewende von den fossilen Brennstoffen wie Öl, Kohle und Gas hin zu erneuerbaren Energien möglich zu machen, müssen die Netze ausgebaut werden. Sie sollen den Windstrom, der an den Küsten erzeugt wird, in die Industrieregionen bringen. Bis 2030 sollen 65 Prozent des Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne, Wasser und Erdwärme gedeckt werden.

Mit dem Förderprogramm „Stadt und Land“ fördert der Bund den Ausbau von Radwegen bis 2023. Ein sicheres Radwegenetz soll mehr Menschen anregen, vom Auto aufs Rad umzusteigen. Brandenburger Kommunen sollen aus dem Bundesprogramm rund 30 Millionen Euro erhalten. Das Land Brandenburg gibt noch Fördergeld dazu.

### **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Umwelt- und Energiepolitik an?**

Die Bundesrepublik hat das Pariser Klimaabkommen 2015 unterzeichnet. Das Ziel ist, die Erwärmung der Erde bis zum Jahr 2100 unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu halten. Dafür hat sich Deutschland das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Das Jahresziel für 2020 hat es allerdings nur erreicht, weil wegen der Pandemie die Industrie weniger produziert und die Bürgerinnen und Bürger weniger gependelt und gereist sind. Eine nächste Regierung wird die Aufgabe haben, die selbstgesteckten Ziele zur Verringerung von Treibhausgasen einzuhalten und die Wirtschaft dahingehend umzubauen.



**ATOMMÜLL-ENDLAGER: VIELLEICHT DOCH IN BAYERN?**

Mathias Hühn, 6. Juli 2016

2022 wird in Deutschland das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet. Für den Atommüll, der noch über mehrere tausend Jahre radioaktive Strahlung abgibt, ist noch kein sicheres Endlager gefunden. Gorleben, wo die Atomabfälle derzeit gelagert werden, ist als dauerhafter Lagerort nicht geeignet. Die 2017 gegründete Bundesgesellschaft für Endlagerung soll bis 2031 eine sichere Lösung für die nächsten 500 Jahre finden. Über 90 Regionen in ganz Deutschland kommen dafür in Frage. Am Ende entscheidet der Bundestag darüber, wo die Lagerstätte eingerichtet wird.



# Digitales

## Was ist die Aufgabe von Digitalpolitik im Bund?

Digitalpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, also die Aufgabe aller Ministerien. Staatsministerin Dorothee Bär (CSU) vertritt das Thema seit 2018 in der Regierung. Digitalpolitik umfasst viele Themen:

- die Infrastruktur der Netze vom Kabel in der Erde bis zur Netzneutralität,
- alle Fragen, die durch die Benutzung des Internets entstehen, zum Beispiel beim Datenschutz, dem Urheberrecht und dem Kartellrecht,
- die Umstellung von analogen Vorgängen auf digitale, also die Digitalisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Bildung,
- die digitale Sicherheit gegenüber Hackern und Geheimdiensten anderer Länder.

## Welche Neuerungen gab es in der Digitalpolitik 2017-2021?

Ein großes Digital-Thema der letzten vier Jahre war die Infrastruktur, also das Verlegen von Glasfaserkabeln, um Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete an das schnelle Internet anzuschließen. Einen Rechtsanspruch auf den Anschluss an das Glasfasernetz für alle Haushalte wird es erstmal nicht geben. Darüber hinaus digitalisiert der Bund seine Verwaltung, damit Bürgerinnen und Bürger Dienste von Behörden auch online wahrnehmen können. Die elektronische Akte ersetzt flächendeckend die Papier-Akte.

Im Juni 2021 wurde die umstrittene EU-Urheberrechtsreform in deutsches Recht umgesetzt. Nun müssen die Plattformen Lizenzen für Inhalte Dritter erwerben, wenn



Jürgen Janson, 18. Dezember 2020

diese von den Nutzer/-innen hochgeladen werden. Hochgeladene Inhalte werden durch Uploadfilter auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft. Bisher musste urheberrechtsverletzendes Material erst gelöscht werden, wenn diese Verletzung bei den Plattformen angezeigt wurde.

### **Welche Aufgaben stehen in den nächsten vier Jahren in der Digitalpolitik an?**

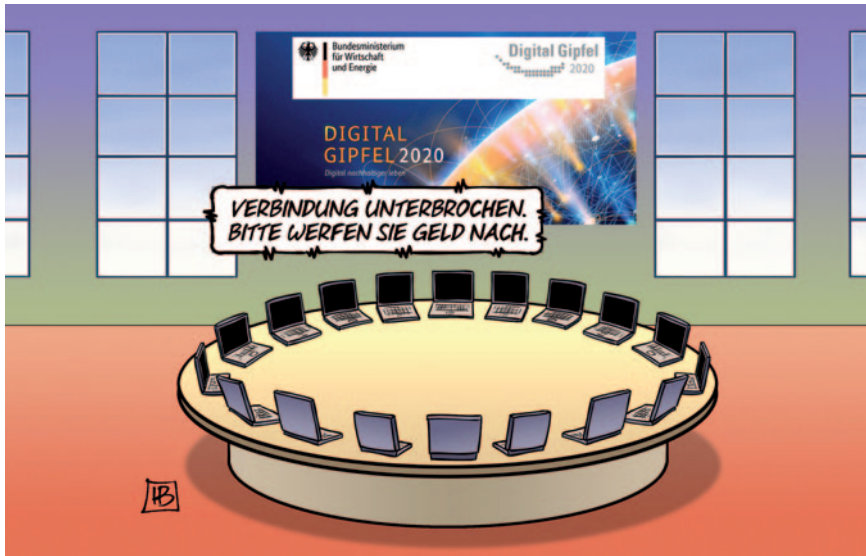
Das Thema Digitalisierung, das bisher als Querschnittsthema in verschiedenen Ministerien vertreten war, könnte künftig ein eigenes Ministerium und damit mehr Möglichkeiten und Ressourcen erhalten.



Heiko Sakurai, 11. Juni 2020

Auf der europäischen Ebene steht eine Regulierung aller digitalen Dienstleistungen an. Dabei geht es darum, wieder mehr Firmen einen Wettbewerb zu ermöglichen und das Monopol großer Tech-Konzerne wie Google oder Amazon einzuschränken. Die Regelungen aus Brüssel werden dann vom Bundestag in nationales Recht übersetzt. Nicht immer muss das Parlament neue Gesetze verabschieden, es hat auch die Aufgabe schon verabschiedete Vorhaben umzusetzen. So gibt es beispielsweise seit 2018 eine Strategie zur Künstlichen Intelligenz: Dort werden die Forschung, der Transfer

in die Wirtschaft, die Ausbildung von Fachkräften sowie die Notwendigkeit weiterer gesetzlicher Regelungen für den Einsatz von künstlicher Intelligenz festgeschrieben. Um diese Strategie umzusetzen, braucht es viele weitere Entscheidungen des Bundestages über Gesetze und Geld. Die Umsetzung dauert länger als eine Wahlperiode. Und vielleicht möchte der nächste Bundestag oder die nächste Regierung dann andere Schwerpunkte im Feld Künstliche Intelligenz setzen.



Harm Bengen, 30. November 2020

# Brandenburg

## Welche Entscheidungen des Bundes waren für Brandenburg 2017 bis 2021 besonders relevant?

Bundesweit richten sich alle Augen auf die Lausitz. Dort steht ein großer Strukturwandel bevor: vom Braunkohletagebau und der Kohleverstromung hin zu erneuerbaren Energien und zukunftsträchtigen Technologien. Brandenburg erhält dafür bis



DIE GOLDENE ZUKUNFT DER LAUSITZ

Mathias Hühn, 28. August 2019

2038 insgesamt 10,3 Milliarden Euro vom Bund. Einen Teil davon investiert der Bund selbst in Brandenburg und siedelt dort zum Beispiel Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen an. Mit einem weiteren Teil des Geldes kann das Land Vorhaben der Kommunen unterstützen und so die Strukturentwicklung in der Region voranbringen. Die Lausitz soll zur europäischen Modellregion für Klimaschutz und Wirtschaftswachstum werden.

Der Elektroautobauer Tesla baut eine Fabrik in Grünheide und könnte damit langfristig bis zu 40.000 Arbeitsplätze schaffen. Dort sollen nicht nur Elektroautos gebaut, sondern auch Batteriezellen erforscht und gefertigt werden. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert Tesla deshalb mit einem einstelligen Milliardenbetrag.



Mario Lars, 2019

Große Debatten lösten in Brandenburg die gesetzlichen Neuregelungen für den Insektenschutz aus. Lebensräume für Insekten wie artenreiches Grünland oder Streuobstwiesen sollen zu Schutzgebieten erklärt werden. Dort darf künftig weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Das Insektenvernichtungsmittel Glyphosat wird zum Jahresende 2023 verboten.

Überall in Brandenburg gibt es noch Funklöcher, also Orte ohne Handyempfang oder



Mathias Hühn, 9. Juli 2019





Mario Lars, 2019

mobiles Internet. Die Bundesregierung investiert deshalb deutschlandweit mehr als eine Milliarde Euro in den Netzausbau an solchen Orten, wo es sich für die privaten Mobilfunkbetreiber nicht rechnet, Funkmasten aufzustellen. Dazu gehören auch Autobahnen, Zugstrecken und Gewerbegebiete.



## Welche Brandenburger Themen werden in der nächsten Wahlperiode im Bundestag entschieden?

Sobald die akute Phase der Corona-Pandemie vorüber ist, gilt es die Strukturprobleme anzugehen, die sich in der Krisensituation gezeigt haben. Dabei wird möglicherweise auch die Aufgabenverteilung von Bund, Ländern und Kommunen angepasst. Bei der Föderalismusreform 2009 wurde die Schuldenbremse eingeführt. Derzeit ist sie ausgesetzt, damit der Staat genug Kredite aufnehmen kann, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Auch Brandenburg kann also derzeit neue Schulden aufnehmen. Ob die Schuldenbremse reformiert werden muss oder nach der Pandemie wieder greifen soll, wird derzeit diskutiert. Für eine Reform der föderalen Strukturen müsste das Grundgesetz geändert werden.

Auch der Klimawandel ist für Brandenburg ein wichtiges Thema. Wassermangel, Waldbrände, die besonders auf munitionsbelasteten Gebieten verheerend ausfallen, die schlechten Ernten und das Artensterben sind nur einige Aspekte, bei denen Brandenburgerinnen und Brandenburger auf die Maßnahmen der Bundespolitik blicken werden.

Spannend bleibt auch, wie die nächste Bundesregierung die von der Europäischen Union (EU) beschlossene neue Agrarpolitik umsetzt. Bis Jahresende muss die Regierung bei der EU einen nationalen Strategieplan vorlegen. Große Betriebe mit mehr als 300 Hektar erhalten weniger Geld als vorher, was Brandenburg besonders betrifft. Hier sind viele ehemalige Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften heute große Betriebe mit mehreren Mitarbeitern, während in anderen Regionen Deutschlands die Landwirtschaft kleinteiliger ist und von Familien getragen wird. Mit einem Teil der Direktzahlungen der EU sollen Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen finanziert werden.

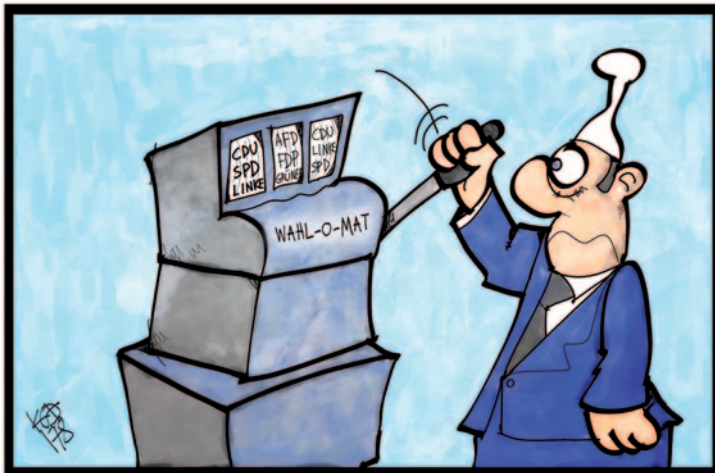


Bettina Bexte, Frühjahr 2020

# Parteien und Politik

## Welche Veränderungen gab es seit 2017 und welche Aufgaben bleiben bestehen?

Der Bundestag hat im letzten Jahr die Bedingungen geschaffen, damit er selbst, aber auch die Parteien im Ausnahmezustand der Corona-Pandemie handlungsfähig bleiben konnten. So wurde den Parteien zum Beispiel erlaubt, Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl auch auf einer digital durchgeführten Versammlung aufzustellen oder per Briefwahl zu wählen. Welche von diesen Regelungen auch nach der Pandemie Bestand haben, bleibt abzuwarten.



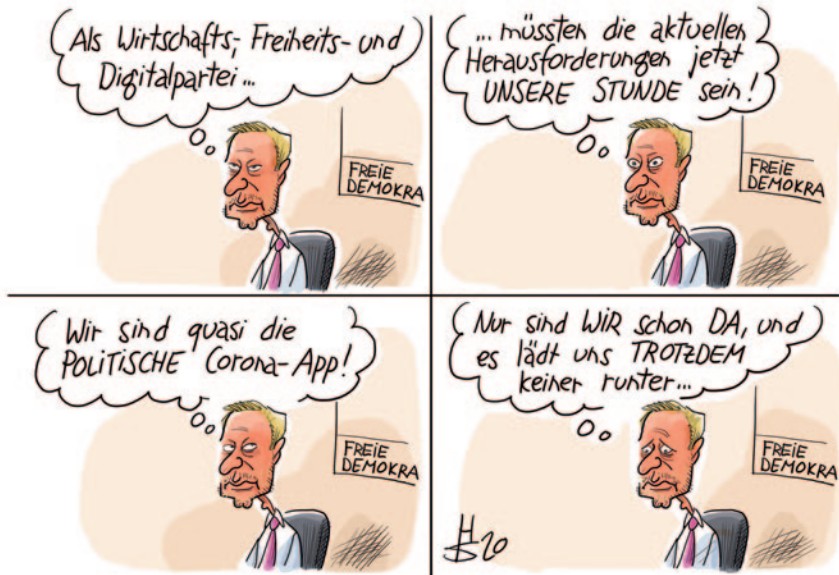
Kostas Koufogiorgos, 20. August 2017



*Abgeordnetenflut überrollt den Bundestag!*

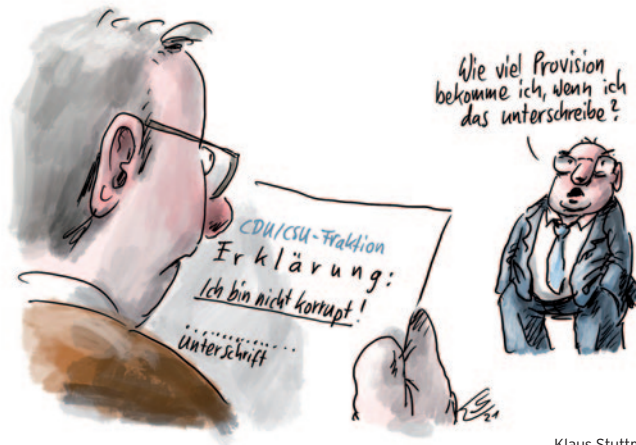
Klaus Stuttmann, 26. September 2017

Ein großes Streitthema der letzten Jahre ist, wie durch eine Wahlrechtsreform der Bundestag verkleinert werden kann. Regulär hat der Bundestag 598 Sitze. In dieser Wahlperiode ist er durch Ausgleichs- und Überhangmandate auf 709 Sitze angewachsen. Holt eine Partei viele Direktmandate, ziehen diese direkt gewählten Abgeordneten in den Bundestag ein. Damit die Sitzverteilung auch zu dem Zweitstimmenergebnis der Parteien passt, müssen die Direktmandate durch Überhang-



Heiko Sakurai, 14. Mai 2020

und Ausgleichsmandate ergänzt werden. Weil einige Parteien eher Direktmandate holen als andere, die dafür stärkere Zweitstimmenergebnisse haben, ist es sehr schwer, das Wahlrecht zu reformieren, ohne einzelne Parteien zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Für die Wahl 2025 wurde letztes Jahr ein neues Wahlgesetz beschlossen, gegen das FDP, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE aktuell beim Verfassungsgericht klagen.



Klaus Stuttmann, 11. März 2021

Seit 2019 sind auch Menschen mit Behinderungen oder psychisch Erkrankte wahlberechtigt, die in allen Angelegenheiten betreut werden. 2021 dürfen sie sich zum ersten Mal an einer Bundestagswahl beteiligen.

Die Politik bezieht in die Gesetzgebung das Fachwissen und die Interessenvertretung von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen ein. Das nennt man Lobbyismus. Damit künftig transparent wird, welche Organisation sich mit Politikerinnen und Politikern getroffen hat, soll ein Lobbyregister entstehen. Ein Lobbyregister ist eine frei zugängliche Datenbank, in der sich Interessenvertreter/-innen eintragen müssen, bevor sie Kontakt zur Politik aufnehmen. Mit dem Lobbyregister wird zwar deutlicher, wer im Parlament und den Ministerien ein und aus geht, aber nicht zu welchem Thema. Als nächsten Schritt





Heiko Sakurai, 17. Mai 2018

fordern einige Parteien und Verbände offenzulegen, welche Lobbygruppen in welcher Form Einfluss auf ein Gesetz hatten.

Die letzten vier Jahre waren geprägt von einer Verschärfung der politischen Debatten und von rechter Gewalt. 2017 zog die Alternative für Deutschland erstmals in den Bundestag ein. 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke von einem Rechtsextremen mit politischem Motiv erschossen. Zahlreiche Politiker



Klaus Stuttmann, 6. Juli 2019

und Politikerinnen von der Bundesebene bis in die Kommunen wurden beleidigt oder erhielten Morddrohungen. Mit einem neuen Gesetzespaket tritt die Bundesregierung Hass und Hetze entgegen. Ab sofort drohen bei Beleidigungen im Netz bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe. Ab Februar 2022 müssen soziale Netzwerke Mord- und Vergewaltigungsdrohungen und andere schwere Hassdelikte nicht mehr nur löschen, sondern auch dem Bundeskriminalamt melden.



# Fragen und Antworten zur Bundestagswahl am 26. September 2021



## 1. Was ist der Bundestag?

Der Bundestag ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland und wird von allen gewählten Abgeordneten gebildet. Sein Sitz ist im Reichstagsgebäude in Berlin. Der Bundestag hat verschiedene Aufgaben, er:

- beschließt Gesetze,
- genehmigt internationale Verträge mit anderen Staaten und Organisationen,
- beschließt den Bundeshaushaltsplan,
- kontrolliert die Bundesregierung und die Arbeit der Nachrichtendienste.

Der Bundestag wählt außerdem den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin und ist an der Besetzung weiterer wichtiger Ämter beteiligt. Ohne Zustimmung des Bundestages findet kein Einsatz der Bundeswehr im Ausland statt.



## 2. Welche Grundsätze gibt es für Wahlen?

Der Bundestag wird in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen gewählt. Persönlichkeitswahl (Wahl von Direktkandidierenden) und Verhältniswahl (Wahl einer Partei) werden dabei kombiniert.

### 3. Wie oft finden Bundestagswahlen statt?

Alle vier Jahre wählen Bürgerinnen und Bürger den Bundestag (Grundgesetz Artikel 39 Absatz 1). Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin legt den Hauptwahltag fest. Dieser muss an einem Sonntag oder Feiertag sein (§ 16 Bundeswahlgesetz). Per Briefwahl kann auch schon vorher abgestimmt werden. Die Wahlen finden frühestens 46 und spätestens 48 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Ausnahmefall kann die Wahlperiode verkürzt oder verlängert werden.

### 4. Aktives Wahlrecht - wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag:

- das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich dort sonst gewöhnlich aufhalten.



Auch im Ausland lebende Deutsche können an der Bundestagswahl teilnehmen. Es gelten dabei besondere Bedingungen.

### 5. Wer darf nicht wählen?

Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind Personen:

- die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben,
- die aufgrund eines Gerichtsurteils das Wahlrecht nicht besitzen.

## 6. Passives Wahlrecht - wer kann gewählt werden?

Alle Deutschen, die älter sind als 18 Jahre, können gewählt werden, unabhängig vom Wohnort. Nicht wählbar ist, wer vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder aufgrund eines Gerichtsurteils die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt. Wer wegen eines Verbrechens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, verliert automatisch sein passives Wahlrecht für fünf Jahre. Darüber hinaus kann ein Gericht bei politischen Straftaten unter bestimmten Voraussetzungen das aktive und passive Wahlrecht für zwei bis fünf Jahre entziehen.

## 7. Wie viele Stimmen habe ich?

Jede Wählerin und jeder Wähler hat zwei Stimmen: Die Erststimme ist für einen Direktkandidaten oder eine -kandidatin im Wahlkreis (Personenwahl). Sie wird auf der linken Stimmzettelhälfte abgegeben. Die Zweitstimme ist für eine Partei und deren Landesliste (Verhältnswahl). Sie wird auf der rechten Stimmzettelhälfte abgegeben.

Wer auf seine Erst- oder Zweitstimme verzichten will, kann das tun. Jedes gültige Kreuz wird gezählt.

## 8. Wieso gibt es eine Erst- und eine Zweitstimme?

Seit der zweiten Bundestagswahl im Jahre 1953 haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen, eine für Direktkandidierende und eine für die Wahl einer Partei. Aus historischen Gründen wollte man damit einer Parteienzersplitterung entgegenwirken.

## 9. Ist eine Mindestwahlbeteiligung erforderlich, damit die Wahl gültig ist?

Nein, das ist nicht der Fall.

## 10. Wie viele Wahlkreise gibt es?

Die Bundesrepublik Deutschland ist in 299 Wahlkreise unterteilt. Das Bundesland Bremen hat mit zwei Wahlkreisen die wenigsten, Nordrhein-Westfalen mit 64 die meisten. In Brandenburg gibt es zehn Wahlkreise für die Bundestagswahl.

## 11. Wie viele Abgeordnete gibt es und wie werden sie gewählt?

Der Deutsche Bundestag besteht aus mindestens 598 Abgeordneten. 299 Sitze werden durch die Direktkandidierenden in den Wahlkreisen besetzt. Wer die meisten Stimmen erhält, gewinnt den Wahlkreis. Die restlichen Sitze werden über die Landeslisten der Parteien oder politischen Vereinigungen vergeben. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate kann die Sitzzahl erheblich steigen.



Damit sind bei der Bundestagswahl zwei Wahlsysteme miteinander verbunden: das Mehrheits- und das Verhältniswahlsystem. Bei der Verhältniswahl kommen grundsätzlich alle Stimmen zur Geltung, so dass auch Kandidierende kleinerer Parteien Sitze im Bundestag erringen können. Es müssen jedoch mindestens fünf Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht werden.

## 12. Warum zählt jede Stimme und was kann ich mit meiner bewirken?

Die Wahl ist eine der wichtigsten Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, auf die Bundespolitik Einfluss zu nehmen. Bei der Bundestagswahl entscheidet die Mehrheit der gültigen abgegebenen Erststimmen, wer im Wahlkreis das Direktmandat gewinnt. Mit der Zweitstimme entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die politische Zusammensetzung des Bundestages. Je weniger Menschen wählen, umso größer wird das Gewicht einer einzelnen Stimme. Das bedeutet aber auch, dass relativ wenige Personen über die Zusammensetzung des Bundestages entscheiden würden.

## 13. Wer bereitet die Bundestagswahl vor und wer führt sie durch?

Verantwortlich für die Vorbereitung, Durchführung und Ergebnisfeststellung sind Wahlorgane. Dazu gehören:

- der Bundeswahlausschuss und der Bundeswahlleiter/die Bundeswahlleiterin,
- der Landeswahlausschuss und der Landeswahlleiter/die Landeswahlleiterin für das Land,
- der Kreiswahlausschuss und der Kreiswahlleiter/die Kreiswahlleiterin für jeden Wahlkreis,
- der Wahlvorstand und der Wahlvorsteher/die Wahlvorsteherin für jeden Wahlbezirk.

Die Wahlorgane werden zusätzlich durch tausende Wahlhelfer/-innen unterstützt. Wahlhelfer/-in kann jede Person werden, die wahlberechtigt ist.



#### 14. Woher erfahre ich, ob ich wahlberechtigt bin?

Zum einen erhalten alle wahlberechtigten Personen eine Wahlbenachrichtigung. Zum anderen kann man selbst im Wählerverzeichnis seiner Gemeinde nachschauen. Dieses enthält Namen und Anschriften aller Wahlberechtigten.

#### 15. Wo kann ich wählen gehen?

Gewählt werden kann im Wahllokal oder per Briefwahl.

Im Internet kann nicht gewählt werden. Zum Wahllokal müssen die Wahlbenachrichtigung und der Personalausweis, Reisepass oder Führerschein mitgenommen werden. Die Wahlbenachrichtigung enthält auch die Information, in welchem Wahllokal die Stimme abgegeben werden kann.

#### 16. Kann mich jemand zur Wahl zwingen?

Nein, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Wahlpflicht, sondern ein Wahlrecht. Anders ist dies beispielsweise in Belgien, Griechenland und Luxemburg. Kann man das Fernbleiben von der Wahl in Belgien nicht gut begründen, wird sogar eine Geldstrafe verhängt.

#### 17. Kann ich meine Stimme versteigern oder verkaufen?

Nein, darauf sind hohe Gefängnisstrafen ausgesetzt. Denn so würden auch Personen, die eventuell nicht stimmberechtigt sind, an der



Wahl teilnehmen können oder eine Person könnte mehrere Stimmen erhalten und somit das Wahlergebnis bewusst manipulieren.

### **18. Wie funktioniert die Briefwahl?**

Dafür muss ein Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines und Aushändigung der Briefwahlunterlagen gestellt werden. Dies sollte möglichst frühzeitig erfolgen. Spätestens zwei Tage vor der Wahl bis 18 Uhr muss der Antrag bei der zuständigen Wahlbehörde schriftlich oder mündlich eingehen. Als Schriftform gelten auch Telefax oder E-Mail. Eine telefonische Antragstellung ist nicht möglich. Wahlberechtigte mit Behinderung können bei der Antragstellung die Hilfe einer anderen Person in Anspruch nehmen.

Holt der oder die Wahlberechtigte persönlich die Briefwahlunterlagen ab, so kann an Ort und Stelle gewählt werden. Wird der Wahlbrief per Post geschickt, muss er spätestens am Wahltag bis 18 Uhr bei der zuständigen Stelle vorliegen. Der Wahlbrief sollte daher bereits einige Tage vor dem Wahltag abgeschickt werden. Der Wahlbrief muss nicht frankiert werden, außer er wird im Ausland aufgegeben.

### **19. Können Unterlagen zur Briefwahl abgelehnt werden?**

Ja, es gibt Gründe für die Zurückweisung von Briefwahlunterlagen.

- Der Wahlbrief ist nicht rechtzeitig eingegangen.
- Die Wahlunterlagen sind nicht vollständig oder der Wahlschein ist nicht unterschrieben.
- Die Umschläge sind nicht verschlossen.
- Es wurden keine amtlichen Umschläge verwendet.



Ein ausführliches Merkblatt, das den Briefwahl-Unterlagen beigelegt ist, erklärt, wie es funktioniert und weist auf die häufigsten Fehler hin.



### **20. Kann ich meine ausgefüllten Briefwahlunterlagen auch in einem Wahllokal abgeben?**

Nein, die Wahlunterlagen können weder im eigenen noch in einem anderen Wahllokal abgegeben werden. Der Umschlag kann aber bis kurz vor Wahlschluss noch bei der aufgedruckten Adresse persönlich abgegeben oder eingesteckt werden.

### **21. Wenn ich die beantragten Briefwahlunterlagen nicht erhalten habe, kann ich dann trotzdem im Wahllokal abstimmen?**

Nein, wer die Briefwahl beantragt hat, bekommt den Wahlschein und den Stimmzettel per Post zugeschickt und wird im Wählerverzeichnis als Briefwähler oder -wählerin registriert. Es müsste nachgewiesen werden, dass die Unterlagen ohne eigene Schuld nicht zugestellt wurden, um Ersatzunterlagen zu bekommen.

### **22. Kann ich auch zwei Kandidierende ankreuzen und dafür keine Partei?**

Nein, damit wäre nicht mehr eindeutig, für welchen Kandidierenden die Erststimme abgegeben wurde. Die Stimme wäre ungültig.

### **23. Darf mein Kreuz über den Kreisrand hinausragen?**

Ja. Eindeutigkeit und nicht Schönheit zählt beim Wählen.

## 24. Kann ich statt eines Kreuzes auch andere Zeichen machen?

Ja, der Wählerwille muss nur grundsätzlich erkennbar sein. Es ist egal, ob durch einen dicken Punkt, ein Blümchen, ein Häkchen oder einen Kringel um den Parteinamen. Selbst wer alle Parteien durchstreicht bis auf eine, zeigt so, wem er oder sie seine Stimme geben möchte. Verfassungsfeindliche Symbole (Hakenkreuze usw.) sind jedoch verboten. Sie gelten als Zusatz. Die Stimme wäre ungültig.

## 25. Muss ich den Stimmzettel unterschreiben?

Nein, es ist eine geheime Wahl. Alles Persönliche, wie Namenskürzel, Unterschriften oder Kommentare machen den Stimmzettel ungültig.

## 26. Wenn ich mich „verwählt“ habe, was dann?

Wer sich verschreibt, bekommt einen neuen Stimmzettel. Der alte muss vorher vor den Augen des Wahlvorstands im Wahllokal zerrissen werden.



## 27. Darf man für andere wählen gehen?

Nein, das geht nicht. Bei der Wahl unterstützen, dürfen nur Hilfspersonen und auch nur in dem Maße, wie es nötig ist, zum Beispiel bei blinden Personen oder bei Personen mit starken körperlichen Einschränkungen. Es ist allerdings möglich, Briefwahlunterlagen für andere abzuholen. Dazu sind eine Vollmacht und die Vorlage der Personalausweise nötig. Man muss mit der Person, die einem die Vollmacht ausstellt, nicht verwandt sein. Bei Bundestagswahlen ist die Anzahl der Personen, für die man Unterlagen abholen darf, auf vier beschränkt.



### 28. Darf ich zu zweit in die Wahlkabine gehen?

Nein, das Wahlgeheimnis muss gewahrt bleiben. Auch Kinder, die alt genug sind, um einen Moment ohne Aufsicht zu sein, dürfen nicht mit in die Kabine.

### 29. Darf ich im Wahllokal fotografieren oder ein Video aufnehmen?

Nein, das Wahlgeheimnis muss gewahrt bleiben. Deshalb dürfen auch Journalisten und Journalistinnen nur mit einer ausdrücklichen Genehmigung Aufnahmen machen.

### 30. Wenn man erst kurz vor 18 Uhr zum Wahllokal kommt und es hat sich schon eine lange Schlange gebildet, zählt meine Stimme noch?

Ja, man kann noch wählen, auch wenn sich die Stimmabgabe im Wahllokal hinziehen sollte. Der Wahlvorsteher oder die Wahlvorsteherin wird um exakt 18 Uhr das Ende der Wahlzeit bekanntgeben. Wer nach 18 Uhr erscheint, darf seine Stimme nicht mehr abgeben.

### 31. Ab wann und wie werden die Stimmen ausgezählt?

Die Auszählung beginnt noch am Wahltag. Die Wahlurnen werden frühestens ab 18 Uhr vom Wahlvorstand geöffnet und alle Stimmzettel, die sich darin befinden, gezählt. Um diese Zahl zu überprüfen, werden die Wahlscheine und die Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis zusammengezählt und mit den Stimmzetteln verglichen.



### 32. Wo gibt es Informationen zur Wahl und zum Wahltag?

Die wichtigste zentrale Informationsstelle ist der Bundeswahlleiter/die Bundeswahlleiterin. Über die Brandenburger Kandidierenden für den Bundestag informiert die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung auf ihren Webseiten. Alle Wahlberechtigten erhalten eine schriftliche Benachrichtigung über den Tag der Wahl und das Wahllokal, in dem sie ihre Stimme abgeben können.



### 33. Wo kann ich mich über die Kandidierenden und Parteien informieren?

Die meisten Parteien, politischen Vereinigungen und Einzelkandidierenden haben eigene Internetauftritte. Über die Absichten der Parteien informieren ihre Partei- und Wahlprogramme. An Infoständen und bei Wahlveranstaltungen kann man sich persönlich informieren und Fragen stellen. Meist wird dort auch Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Weitere Informationen bieten die Medien. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung hat zudem umfangreiche Informationen zur Wahl auf ihrer Webseite zusammengestellt.

# Künstlerinnen und Künstler

## **Harm Bengen**

Geboren 1955, wohnt in Norden, Karikaturist, Cartoonist, Comiczeichner.

Mehr Karikaturen unter: [www.harmbengen.de](http://www.harmbengen.de)

## **Bettina Bexte**

wohnt in Bremen, ihre Cartoons erscheinen u. a. in Stern, Süddeutsche Zeitung, Weser Kurier, die tageszeitung (taz), Titanic, Eulenspiegel, Spiegel Online und im juristischen ver.di-Magazin verdikt.

Mehr Karikaturen unter: [www.bettinabexte.de](http://www.bettinabexte.de)

## **Steffen Butz**

1964 geboren, lebt in Karlsruhe. Cartoonveröffentlichungen im Stern, Freundin, Selberrmachen, Mein Eigenheim, KITDialog, Nebelspalter u.a. Seine Cartoonbücher erschienen vor allem bei Lappan (im Carlsen-Verlag), zuletzt Wildwechseljahre (2020). 2015 wurde Butz mit dem 1. Preis des Deutschen Cartoonpreises auf der Frankfurter Buchmesse ausgezeichnet.

Mehr Cartoons unter: [instagram.com/steffen.butz](https://www.instagram.com/steffen.butz)

## **NEL - Ioan Cozacu**

1953 geboren, lebt in Erfurt, freischaffender Cartoonist und Buchillustrator für verschiedene Verlage, Mitarbeit an verschiedenen Zeitungen und Magazinen: TLZ,

WAZ, taz, Eulenspiegel, Cicero, Focus, stern. Preisträger der „Rückblende“ (Karikaturenpreis der Deutschen Zeitungsverleger) und Sieger beim Deutschen Karikaturenpreis.

Mehr Karikaturen unter: [www.nelcartoons.de](http://www.nelcartoons.de)

### **Katharina Greve**

1972 geboren, lebt als Cartoonistin, Comic-Zeichnerin, Autorin und Künstlerin in Berlin, sie veröffentlicht unter anderem in Titanic, Das Magazin, taz, Tagesspiegel, Neues Deutschland.

Mehr Karikaturen unter: <https://katharinagreve.de>

### **Mathias Hühn**

1968 geboren, lebt in Berlin, veröffentlicht regelmäßig in der tageszeitung (taz).

Mehr Karikaturen unter: [www.huehn-illu.de](http://www.huehn-illu.de)

### **Jürgen Janson**

Jahrgang 1951, lebt und arbeitet in Landau an der Weinstraße.

Mehr Karikaturen unter: <https://janson-karikatur.de/>

### **Kostas Koufogiorgos**

1972 geboren, lebt in Stuttgart, zeichnet unter anderem für das Handelsblatt, die Ruhrnachrichten, den Weser Kurier, die Fuldaer Zeitung, die Neue Osnabrücker Zeitung, die Passauer Neue Presse, die Mainpost und die Magdeburger Volksstimme.

Mehr Karikaturen unter: [www.koufogiorgos.de](http://www.koufogiorgos.de)

### **Mario Lars**

Wohnt und arbeitet in Gneven, ist Cartoonist, Graphiker, Autor und Journalist. Er veröffentlicht unter anderem im Weser Kurier, der Schweriner Volkszeitung und der Sächsischen Zeitung.

Mehr Karikaturen unter: [www.farbfiguren.de](http://www.farbfiguren.de)

### **Heiko Sakurai**

1971 geboren, wohnt in Köln und zeichnet u.a. für die Westdeutsche Allgemeine Zeitung, die Badische Zeitung, die Berliner Zeitung, den Kölner Stadtanzeiger und die tz München.

Mehr Karikaturen unter: <https://sakurai-cartoons.de/>

### **Klaus Stuttmann**

geboren 1949, lebt und arbeitet seit 1970 in Berlin-Kreuzberg als tagespolitischer Karikaturist für den TAGESSPIEGEL und einige andere deutsche Printmedien.

Alle Karikaturen seit 2003 auf: [www.stuttmann-karikaturen.de](http://www.stuttmann-karikaturen.de)

### **Miriam Wurster**

wohnt in Bremen und ist freie Cartoonistin unter anderem für Titanic, Charlie Hebdo, Neues Deutschland, Weser Kurier, taz, Stern, Spiegel online.

Mehr Karikaturen unter: [www.wurster-cartoon-blog.de](http://www.wurster-cartoon-blog.de)







© 2021

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung  
Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam  
[www.politische-bildung-brandenburg.de](http://www.politische-bildung-brandenburg.de)

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.)

### **Die wichtigsten Themen, Fragen und Antworten zur Bundestagswahl 2021**

**Karikaturen von** Harm Bengen, Bettina Bexte, Steffen Butz, NEL (Ioan Cozacu), Katharina Greve, Mathias Hühn, Jürgen Janson, Kostas Koufogiorgos, Mario Lars, Heiko Sakurai, Klaus Stuttmann, Miriam Wurster

**Illustrationen Frageteil** Katharina Greve

**Titelgrafik** Heiko Sakurai, 10. März 2021

**Gestaltung** Bauersfeld Grafikdesign

**Druck** ARNOLD group - [arnoldgroup.de](http://arnoldgroup.de)

Die Rechte für alle Abbildungen liegen bei den Karikaturistinnen und Karikaturisten.

Die Broschüre begleitet die Online-Ausstellung  
„**Zukunftsthemen - Warum es sich lohnt zu wählen**“  
<https://ex.musdig.org/Zukunftsthemen>

**Dauer** 01. Juni - 31. Oktober 2021

ISBN 3-932502-78-1

